



## ***Fridays for Future Leipzig kündigt globalen Klimastreik auch in Leipzig an***

Fridays for Future kündigt für den 23.09. erneut weltweit Demonstrationen an. Der globale Klimastreik wird – wie zuletzt – unter dem Motto #PeopleNotProfit stehen. Die Bewegung fordert international, die Sicherheit von Menschen und ihren Existenzen sowie, die Wahrung der Lebensgrundlagen endlich über finanzielle Profite und Interessen zu stellen. Auch in Leipzig wird ausgehend vom Wilhelm-Leuschner-Platz eine Demonstration geplant.

*„Wir erleben aktuell in Europa und auf der ganzen Welt eine beispiellose Hitzewelle – die Klimakrise eskaliert jeden Tag mehr und trotzdem beobachten wir, wie immer weiter weggeschaut und die Katastrophe verharmlost wird. Entscheidungsträger\*innen weltweit messen ihre Handlungen immer noch anhand von Kapitalinteressen, anstatt am Versuch unsere Lebensgrundlagen zu erhalten. Wir sehen, wie der Gasaustieg versprochen und gleichzeitig fossile Infrastruktur ausgebaut wird, während gerechte Maßnahmen zur Eindämmung der Klimakrise blockiert werden.“* sagt Luise Steeck von Fridays for Future Leipzig

Die Staaten des Globalen Nordens haben mit ihrer neokolonialen Politik und Wirtschaft sowie mit der dadurch bedingten Klimakrise enorme Schäden im Globalen Süden verursacht. Die Aktivist\*innen fordern, diese finanziell auszugleichen und gleichzeitig nicht länger Investitionen in fossile Energieträger zu unterstützen, wie Scholz es zuletzt beim G7-Gipfel getan hatte.

*„Während wir langsam die ersten Symptome der Klimakatastrophe zu spüren bekommen, leiden die Menschen im globalen Süden schon jetzt massiv unter ihren Folgen. Wir müssen uns immer wieder bewusst machen, dass 1,5 Grad kein Kompromiss, sondern eine absolute Grenze ist, deren Überschreitung sehr viele weitere Menschenleben und Existenzen kosten wird. Das ist nicht akzeptabel und deshalb werden wir auch in Leipzig am 23.09. auf die Straße gehen.“* ergänzt Paula Ziemann von Fridays for Future Leipzig

In Leipzig setzte sich Fridays for Future zuletzt gegen den Ausbau der Küstenautobahn A20 ein und demonstrierte gemeinsam mit anderen Klimagruppen vor dem Bundesverwaltungsgericht, um eine Klage des BUND zu unterstützen.